

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt

22 - 1461

Eisenstadt, am 25. Mai 2023

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Melanie Eckhardt, MSc, Kolleginnen
und Kollegen**

**auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Wirtschaftspolitik mit
Verantwortung und Weitblick**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Wirtschaftspolitik mit Verantwortung und Weitblick

Der am 09. November 2022 veröffentlichte Bericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes (BLRH) betreffend "Finanzschulden Konzern Burgenland" brachte ein verheerendes Bild mit einem Schuldenstand von 1,8 Milliarden Euro. Damit hat das Burgenland eine Pro-Kopf-Verschuldung von 6.000 Euro. Unter der Führung von Landeshauptmann Mag. Doskozil habe sich der Schuldenstand von rund 1 Milliarde Euro auf 1,8 Milliarden Euro erhöht. Rund zwei Drittel der Finanzschulden entfallen auf die Landesbeteiligungen und sind damit vom Landtag nicht prüfbar.

Landesbeteiligungen sind für den Landtag in der Praxis nicht einsehbar. Dieses Bild zeigt sich auch immer wieder bei der Beantwortung von schriftlichen Anfragen. Die zuständigen Regierungsmitglieder geben keine Antworten und berufen sich dabei auf Geheimhaltungsinteressen und Ingerenz.

Im Burgenland hat man in den vergangenen Jahren in der Wirtschaft bewusst einen anderen Weg eingeschlagen: Das Land hat sich leider negativ entwickelt. Die öffentliche Hand, unter der Verantwortung der SPÖ-Alleinregierung, hat sich scheinbar zum besseren Unternehmer ausgerufen und konterkariert mit dem Mindestlohn die Sozialpartnerschaft. Private Unternehmen werden enteignet und eine Landesgesellschaft nach der anderen aus dem Boden gestampft. Das Burgenland ist dadurch längst am unteren Ende der Liga im Wirtschaftsranking angekommen, auch beim Aufschwung nach der Corona-Pandemie ist man nur drittletzter.

Dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist, hat sich in der Vergangenheit schon oft bewiesen. Fehlende Zuständigkeiten, lange Entscheidungsketten, fehlgeleitete Ressourcen und fehlende Verantwortung in vom Land geführten Unternehmen führen zu Ineffizienz, Unwirtschaftlichkeit und Geldverschwendung. Dennoch werden laufend über die Landesholding Burgenland, deren Aufsichtsratsvorsitzender der Landeshauptmann selbst ist, neue Gesellschaften gegründet bzw. Beteiligungen eingegangen. Meist entpuppen sich diese Landesgesellschaften als direkte

Konkurrenz für die bestehenden heimischen und privaten Betriebe. Der Zweck der Landesgesellschaft geht weit über die bloße Daseinsvorsorge hinaus.

Ein Blick in die Jahresabschlüsse der Landesunternehmen zeigt deutlich, dass diese Gesellschaften immer häufiger hohe Verluste schreiben und zusätzlich den privaten Unternehmen das Geschäft wegnehmen. Wirtschaftsvertreter und Wirtschaftstreibende beklagen darüberhinaus, dass Landesunternehmen bei der Auftragsvergabe bevorzugt werden.

Im Jahr 2020 wurde beispielsweise die Verkehrsbetriebe Burgenland GmbH gegründet. Dabei handelt es sich um eine 100%-ige Tochter des Landes Burgenland mit dem Geschäftszweig „Führung von Linienbussen“. Anfangs wurde kommuniziert, dass die Landesbusse nur im öffentlichen Verkehr tätig sein werden. Es erweckt den Anschein, dass die Tätigkeiten aber sukzessive ausgeweitet werden sollen. So wurde beispielsweise im Herbst 2022 das Angebot um ein Anrufsammeltaxi und ein Weintaxi erweitert. Die Landesverkehrsbetriebe mit aktuell 110 Mitarbeitern übernehmen mittlerweile auch Taxi- und Krankentransporte, was eine direkte Konkurrenz zu privaten Taxilern darstellt. Somit werden neben dem ursprünglichen Gesellschaftszweck der Führung von Linienbussen, auch Krankentransporte, Taxifahrten und Gütertransporte durchgeführt. Im April dieses Jahres wurde jetzt bekannt, dass das Land selbst 400 Busse ankaufen möchte. Derzeit verfügen die Verkehrsbetriebe über 30 Busse. Laut Ausschreibung der landeseigenen Gesellschaft könnten die Kosten für acht Jahre bis zu 160 Millionen Euro betragen.

An diesem Beispiel zeigt sich, dass das Land Burgenland mit seiner Wirtschaftspolitik in eine Sackgasse läuft. Private Unternehmen sind seit Jahrzehnten, teilweise gar als Familienbetriebe, am Markt tätig und sichern in den Gemeinden unseres Landes die Nahversorgung ab. Es braucht eine Wirtschaftspolitik mit Verantwortung und Weitblick. Das Land wird mit seinen Landesunternehmen in direkter Konkurrenz zu den heimischen Betrieben tätig. Dabei waren es die vielen fleißigen Unternehmer mit ihren Bediensteten, die mit Fleiß, Unternehmergeist und Leistungswillen den Wirtschaftsstandort Burgenland geprägt haben.

Im Zukunftsplan des Burgenlandes wird auf Seite 17 die Ausweitung des Mindestlohnes thematisiert. Geht es nach den Plänen der SPÖ-Landesregierung soll ab 1. Jänner 2024 der Mindestlohn als rechtskonform relevantes Kriterium in diversen Ausschreibungen des Landes verankert werden. Der Geschäftsführer der Kurbad GmbH Andreas Leitner hat im Geschäftsbericht vom 14.06.2021 folgendes geschrieben: *„Die Einführung des Mindestlohnes von netto EUR 1.700 per 01.01.2021 durch Eigentümerweisung stellt für das Unternehmen eine Herausforderung dar. 212 Mitarbeiter/innen sind im Reduce Gesundheitsresort per 31.12.2020 für den neuen Mindestlohn zu berücksichtigen. Die damit verbundenen Mehrkosten von ca. 1,2 Mio. werden sich negativ auf das Betriebsergebnis auswirken.“* Im Jahresabschluss 2020 der Reduce GmbH gab es folglich einen Jahresfehlbetrag von mehr als 1,5 Mio. Euro. Auch in der Sonnentherme Lutzmannsburg wurde der Mindestlohn aufgrund einer Eigentümerweisung eingeführt, mit einem ähnlichen Ergebnis, nämlich einem Bilanzverlust zum 31.12.2020 in Höhe von 10,6 Mio. Euro.

Was der Mindestlohn für Unternehmen bedeutet, wurde am Beispiel der beiden Landesthermen verdeutlicht. Es ist damit zu rechnen, dass dadurch das Land in den Markt eingreift und zahlreiche Betriebe ihre Pforten für immer schließen müssen. Mit einem Mindestlohn in der Privatwirtschaft sind im Burgenland 5.000 Arbeitsplätze in Gefahr. Das sind 5% der unselbständig Beschäftigten im Burgenland. Dadurch könnte es zu einer Absiedelung von Betrieben in andere Bundesländer kommen, einem Abbau von Mitarbeitern und einer Teuerung für burgenländische Produkte und Dienstleistungen. Die Unternehmen in unserem Land müssen die Löhne und Gehälter erwirtschaften, Landesunternehmen hingegen wirtschaften zu einem Teil mit Steuergeldern.

Die Politik, allen voran die Landesregierung, trägt die Verantwortung dafür, dass auch künftige Generationen eine Zukunft haben. Deshalb sollte sich das Land auf seine Kernaufgaben zurückziehen und nicht unternehmerisch tätig werden, unter dem Deckmantel der "Daseinsvorsorge". Es muss sichergestellt werden, dass das Land mit seinen Landesunternehmen den heimischen Betrieben nicht das Geschäft wegnimmt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, entsprechend der Antragsbegründung, eine Wirtschaftspolitik mit Verantwortung und Weitblick umzusetzen, insbesondere durch folgende Schritte:

1. Bereits gegründete Landesunternehmen sollen evaluiert und überprüft werden, ob deren Gesellschaftszweck auch nicht von bereits vorhandenen privaten Unternehmen erfüllt werden kann.
2. Im Anschluss an die Evaluierung sollen Liquidierungen von Landesunternehmen durchgeführt werden, sofern sich im Rahmen der Evaluierung herausstellt, dass diese Tätigkeit auch von privaten Unternehmen wahrgenommen werden kann.
3. Das Land Burgenland möge bei künftigen Gründungen von Landesgesellschaften darauf achten, dass der Gesellschaftszweck lediglich der Daseinsvorsorge dient.